



Ministerpräsident Volker Bouffier zeichnet Petra Roth, Barbara Stolterfoht und Klaus-Jürgen Hoffie mit Wilhelm Leuschner-Medaille aus

Ministerpräsident Volker Bouffier zeichnet Petra Roth, Barbara Stolterfoht und Klaus-Jürgen Hoffie mit Wilhelm Leuschner-Medaille aus
Die frühere Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt Petra Roth, die ehemalige hessische Staatsministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung Barbara Stolterfoht sowie der hessische Staatsminister a.D. für Wirtschaft und Technik Klaus-Jürgen Hoffie werden in diesem Jahr mit der Wilhelm Leuschner-Medaille ausgezeichnet. Ministerpräsident Volker Bouffier verleiht die nach dem 1944 ermordeten hessischen Innenminister und Widerstandskämpfer Wilhelm Leuschner benannte Auszeichnung am 1. Dezember, dem hessischen Verfassungstag. "Wir werden in diesem Jahr zwei Frauen und einen Mann ehren, die sich zum Wohle der Menschen in unserem Land eingesetzt haben. Drei unterschiedliche Persönlichkeiten, geeint durch den festen Willen, etwas in unserer Gesellschaft zu bewegen. Ihre Lebensleistungen stehen für Eigenschaften wie Mut, Tatkraft und den couragierten Einsatz für unsere Demokratie. Ihr vorbildliches Engagement für unser Gemeinwesen soll in diesem Jahr mit der Wilhelm Leuschner-Medaille gewürdigt werden", erklärte der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier.
Die Wilhelm Leuschner-Medaille ist die höchste Auszeichnung des Landes Hessen und wird vom Hessischen Ministerpräsidenten an Persönlichkeiten verliehen, die sich beispielhaft für die Demokratie eingesetzt haben und unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Kultur in vorbildlicher Weise geprägt haben.
Petra Roth war von 1995 bis 2012 Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main. Die in Bremen geborene Mutter zweier Söhne trat 1972 in die CDU ein. Nach dem Umzug von Bremen nach Frankfurt amtierte sie als Sozialbezirksvorsteherin und wurde Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Von 1987 bis 1995 war Petra Roth Mitglied des Hessischen Landtags und hatte von 1992 bis 1995 den Parteivorsitz der Frankfurter CDU inne. 1995 wurde sie als erste Frau zum Stadt-oberhaupt von Frankfurt am Main gewählt und in den Jahren 2001 und 2007 im Amt bestätigt. Am 1. November 2011 kündigte Petra Roth ihren Rücktritt als Frankfurter Oberbürgermeisterin zum 1. Juli 2012 an. Im Jahr 2012 war die heute 68-Jährige Mitglied der 15. Bundesversammlung.
In den Jahren von 1997 bis 1999, 2003 bis 2005 und 2009 bis 2011 war Petra Roth Präsidentin des Deutschen Städtetags und Mitglied im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union. Darüber hinaus saß die gelernte Arzthelferin im Aufsichtsrat des Flughafenbetreibers Fraport und amtierte als Aufsichtsratsvorsitzende der Messe Frankfurt, der Stadtwerke Frankfurt am Main, des Rhein-Main-Verkehrsverbundes und der Baugesellschaft ABG Frankfurt Holding.
Für ihr vielfältiges Wirken erhielt Petra Roth zahlreiche Ehrungen, unter anderem 2005 den Ehrendoktor der Universität Tel Aviv für die Förderung der akademischen und kulturellen Beziehungen zwischen den Partnerstädten Tel Aviv und Frankfurt am Main. Im Jahr 2010 wurde ihr die Ehrendoktorwürde der Sookmyung Womens University in Seoul für ihr internationales politisches Wirken verliehen. 2012 wurde Petra Roth mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Stadt Köln ausgezeichnet.
Barbara Stolterfoht war von 1995 bis 1999 Staatsministerin im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung. Nach der Ausbildung zur Erzieherin absolvierte die heute 72-Jährige auf dem zweiten Bildungsweg 1963 das Abitur. Es folgte ein Studium der Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften an den Universitäten Göttingen und Paris sowie ab 1965 an der Freien Universität in Berlin. Im Anschluss arbeitete die in Dux/Sudentenland geborene Stolterfoht als Diplom-Politologin am Deutschen Institut für Urbanistik und war stellvertretende Geschäftsführerin am Wissenschaftszentrum in Berlin, bevor sie als Referatsleiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln tätig war. Nachfolgend wurde sie Gesundheitsreferentin beim Bundesvorstand der SPD.
Von 1984 bis 1985 war Stolterfoht die erste kommunale Frauenbeauftragte in Kassel. In den Jahren 1985 bis 1991 agierte sie als hauptamtliche Stadträtin für Frauen, Gesundheit, Soziales und Krankenhäuser bevor sie 1992 bis 1995 das Amt der Landesdirektorin des Landeswohlfahrtsverbandes mit Sitz in Kassel übernahm.
Im Frühjahr 1995 wurde Barbara Stolterfoht zur Staatsministerin im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung berufen. Ihr Ministeramt übte sie bis 1999 aus. Im Anschluss war sie bis zum Ende der Legislaturperiode 2003 Mitglied des Hessischen Landtags und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.
Von 2000 bis 2008 amtierte Barbara Stolterfoht als Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV). In den Jahren 2003/04 bis 2008 war sie Mitglied der Regierungskommission zur Sicherung der Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (sog. Rürup-Kommission). Von 2005 bis 2007 war Stolterfoht Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Derzeit ist sie ehrenamtliche Vorsitzende des Beirats von Transparency International.
Ihr vielfältiges Engagement wurde im Jahr 2005 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.
Klaus-Jürgen Hoffie war in den Jahren 1981 bis 1982 Staatsminister im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik. Nach dem Abitur absolvierte Hoffie ein Studium in den Fächern Germanistik, Sport und Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Nachfolgend machte er eine Ausbildung zum Nachrichtenredakteur bei der Deutschen Presse Agentur (dpa) und arbeitete vor 1961 bis 1972 als Public Relations Manager bei der Deutschen Lufthansa AG. Zudem war Klaus-Jürgen Hoffie von 1970 bis 1972 nebenberuflich als Lehrbeauftragter für Public Relations an der Technischen Hochschule Darmstadt tätig.
1968 trat Klaus-Jürgen Hoffie in die FDP ein. 1972 wurde er in den Kreistag von Darmstadt-Land bzw. nach der Gebietsreform des Landkreises Darmstadt-Dieburg gewählt. 1970 bis 1977 amtierte der heute 76-Jährige als Kreisvorsitzender der FDP im Landkreis Darmstadt-Land bzw. Darmstadt-Dieburg. 1971 bis 2005 war er Mitglied im Landesvorstand der FDP Hessen. 1982 bis 1985 agierte der in Königsberg geborene Hoffie als stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Hessen und war zuletzt bis 2004 Vorsitzender des FDP-Bezirks Südhessen-Starkenburg.
Von 1972 bis zum 1981 und von 1983 bis 1987 war Hoffie Mitglied des Deutschen Bundestags und dort zunächst forschungspolitischer Sprecher und später verkehrs- und postpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Vom 22. Juni 1981 bis 28. September 1982 war er Staatsminister im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik als Nachfolger des am 11. Mai 1981 ermordeten Heinz Herbert Karry (FDP).
1984 eröffnete Klaus-Jürgen Hoffie ein Beratungsbüro für Öffentlichkeitsarbeit. Seit 1985 ist er Gesellschafter und Beiratsmitglied verschiedener privater Rundfunkgesellschaften in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern.
1978 erhielt Klaus-Jürgen Hoffie das Verdienstkreuz am Bande und 1986 das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.
Staatskanzlei
Staatssekretär Michael BuBer, Sprecher der Landesregierung
Telefon: (0611) 32 39 18, Fax: (0611) 32 38 00
E-Mail: presse@stk.hessen.de


Pressekontakt

Hessische Landesregierung

65183 Wiesbaden

presse@stk.hessen.de

Firmenkontakt

Hessische Landesregierung

65183 Wiesbaden

presse@stk.hessen.de

Mitglieder der Hessischen Landesregierung: Volker Bouffier, Ministerpräsident Michael Bußer, Sprecher der Landesregierung Michael Boddenberg, Minister für Bundesangelegenheiten Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Thomas Schäfer, Finanzminister Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stefan Grüttner, Sozialminister Dorothea Henzler, Kultusministerin Jörg-Uwe Hahn, Minister für Jusitz, Integration und Europa